

Wien, am Samstag, den 4. Dezember 1926.

Ermässigte Hundemarken für 1927. Die Gemeindeverwaltung hat auch für das Jahr 1927 eine grössere Zahl von ermässigten Hundemarken dem Wiener Tierschutzverein zur Verteilung überlassen. Die Gemeinde selbst gibt keine ermässigten Hundemarken aus. Nur wirklich bedürftige Hundebesitzer werden aufgefordert unter Vorweisung des Meldzettels in der Kanzlei des Wiener Tierschutzvereines, I., Wipplingerstrasse 8 (Altes Rathaus) ebenerdig Tür 75, mündlich um die ermässigte Marke anzusuchen. Schriftliche Ansuchen werden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Das mündliche Ansuchen kann täglich zwischen 8 und 12 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags in der Kanzlei des Tierschutzvereines vorgebracht werden. Samstag nachmittag und Sonntage und Feiertage ist die Kanzlei geschlossen. Nach dem 15. Dezember 1926 werden Ansuchen nicht mehr entgegengenommen.

Der städtische Voranschlag im Finanzausschuss. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzen erledigte am Freitag den Abschnitt Wohlfahrtspflege, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen. Amtsführender Stadtrat Professor Tandler gab eine Uebersicht über die produktiven und nicht produktiven Auslagen der Voranschläge dieser Verwaltungsgruppe für die Jahre 1923 bis 1927. Im Jahre 1923 entfielen 43,5 Prozent auf produktive und 56,5 Prozent auf unproduktive Ausgaben. In den Jahren 1924 und 1925 entfallen 47 Prozent auf die produktiven und 53 Prozent auf die unproduktiven Ausgaben. Im Jahre 1926 sind die produktiven Ausgaben auf 54 Prozent gestiegen, die unproduktiven auf 46 gefallen. Im Jahre 1927 ist das Verhältnis 53 zu 47 Prozent. Interessant sind auch die Budgetansätze dieser Verwaltungsgruppe. Sie zeigen ein ununterbrochenes Ansteigen der Ausgaben an. Im Jahre 1923 betrug der Budgetansatz 35,8 Millionen Schilling, im Jahre 1924 bereits 54,5 Millionen Schilling, stieg im Jahre 1925 auf 64,4 Millionen Schilling, erreichte im Jahre 1926 rund 75 Millionen Schilling und stieg im Jahre 1927 auf 80,11 Millionen Schilling. Die Gemeindeverwaltung wende dem Wohlfahrtswesen die grösste Aufmerksamkeit zu. Im Voranschlag für 1927 ist auch zum erstenmal eine Post: Sport und Körperkultur eingesetzt worden. Hier wird alles, was die Gemeinde auf diesem Gebiete leistet, zusammengefasst werden. Der Referent verweist dann auf den Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Wien. Im Jahre 1910 war die Säuglingssterblichkeit 16,6 Prozent, im Jahre 1925 dürfte sie höchstens neun Prozent betragen. Interessant ist, dass die Kindergärten vollständig seuchenfrei sind, die Schulzahnkliniken in Wien vorbildlich selbst für die auf diesem Gebiet vorgeschrittensten Staaten erklärt wurden und dass die Zahl der an Knochentuberkulose Erkrankten in Wien ständig zurückgehe. An diese Ausführungen knüpfte sich eine mehrstündige Aussprache. Gemeinderat Kunschak wünscht ein engeres Zusammenarbeiten der öffentlichen mit der privaten Fürsorge. Diese Zusammenarbeit wurde von dem früheren Magistratsdirektor Dr. Weiskirchner eingeleitet und hat sich auf das Beste bewährt. Die neue Verwaltung hat dieses Verhältnis gelöst. Die Christlichsozialen müssen auch dagegen Stellung nehmen, dass man von der Gemeinde die Kinder aus den katholischen Anstalten entferne. Dies geschehe sogar mit Brachialgewalt. Dieses brutale Eingreifen sei ein Makel an dem städtischen Fürsorgewesen, der geeignet ist, manches was gut ist, zu verdunkeln. Ueber die Arbeit der Fürsorgeräte laufen viele Beschwerden. Sie sind darauf zurückzuführen, dass die Mehrheit bei der Bestellung sich weniger von fürsorgerischen als von parteipolitischen Gesichtspunkten hat leiten lassen. In den Kreisen der Fürsorgeräte beider Parteien herrsche übrigens ziemlich eingeengte Erregung, weil ihre Arbeit von Beam-

ten überprüft werde. Eine solche Entmündigung ist unmöglich und widerspricht auch der angeblichen Demokratisierung dieser Institution. Stadtrat Kunschak führt dann noch Beschwerde über die Zustände auf dem Hietzinger Friedhof, wo sich eine Zentrale einer organisierten Diebsbande befinden müsse. Es wäre sonst unmöglich, dass sich dort so viele Diebstähle ereignen. Der Vorgang bei Bestattungen, insbesondere auf dem Baumgarten Friedhof, sei oft pietätlos. Die Angestellten entwickeln dabei eine Eile, die von den Trauergästen sehr unliebsam empfunden wird. Auch hier dürfte sich der Personalabbau sehr unangenehm auswirken. Gemeinderat Zimmerl bespricht gleichfalls die Zustände auf den Friedhöfen und meint, dass man einen Friedhof doch nicht wie einen Betrieb führen könne. Gemeinderat Uebelhör wünscht, dass die Gemeinde dem Haus der Barmherzigkeit eine Sammlung bewillige. Er anerkenne die grosse Unterstützung, die die Gemeinde dieser Einrichtung gewähre, aber die Führung erfordere grosse Mittel. Er bemängelt, dass nur Sportorganisationen von der Gemeinde gefördert werden, die der sozialdemokratischen Weltanschauung huldigen und verlangt eine Subventionierung des Christlich-deutschen Turnerbundes. Gemeinderat Binder wünscht, dass die Gemeinde bei den einmaligen Geldaushilfen an Bedürftige mehr entgegenkomme. Auf der Landstrasse hat es sich leider ereignet, dass ein sozialdemokratischer Fürsorgerat einen Bedürftigen, der bei ihm vorsprach, zum Pfarrer schickte, weil der Mann kein Sozialdemokrat war. Gemeinderat Angermayer teilt mit, dass die Gemeinde einer Frau den Erziehungsbeitrag entzogen hat, weil sie das Kind in eine christliche Anstalt geben wollte. Die früheren Armenräte hätten sich um die politische Gesinnung der zu Befürsorgenden nicht gekümmert.

Stadtrat Professor Tandler erklärt, dass das Zeitalter der privaten Fürsorge leider vorüber sei. Die Gründe hierfür liegen nicht bei der Gemeinde. Es sei aber Tatsache, dass viele Besitzende ihre Taschen zuknöpfen und auf die Gemeinde verweisen, die alles machen soll. Die Gemeindeverwaltung hat Wärmestuben, Kinderspitäler, Tuberkuloseheime u. s. w. die früher von der privaten Fürsorge betrieben worden sind, übernommen. Es sei aber klar, dass aus Steuergeldern nicht alles, was früher von der privaten Fürsorge geleistet worden ist, bezahlt werden könne. Wenn hier und da Uebergriffe von Fürsorgeräten vorkommen, so sind das Handlungen Einzelner, die mit dem System absolut nichts zu tun haben. Man dürfe nicht vergessen, dass es sich dabei um fast fünf-tausend Menschen handelt. Die Mehrheit stehe nach wie vor auf dem Standpunkt der Demokratisierung des Fürsorgewesens. Es gibt aber Entscheidungen, die von Beamten getroffen werden müssen. Dabei handle es sich keineswegs um eine Kontrolle der Fürsorgeräte, sondern um Stichproben, die auf Grund anonymer Anzeigen notwendig geworden sind. Was die Zustände auf den Friedhöfen anlangt, so kann eine Personalermehrung nur dann vorgenommen werden, wenn auch die Begräbnisgebühren erhöht werden. Diese Gebühren haben noch nicht einmal die Hälfte der Friedenshöhe erreicht. Selbstverständlich dürfen Pietätlosigkeiten sich nicht ereignen und werden die erforderlichen Weisungen erlassen werden. Stadtrat Tandler verweist schliesslich noch darauf, dass es unrichtig sei, wenn in der Oeffentlichkeit immer wieder davon die Rede ist, dass die Fürsorgeabgabe mehr einbringe, als die Wohlfahrtsausgaben der Gemeindeverwaltung getragen. Diese Abgabe wird für das Jahr 1927 mit 68 Millionen Schilling veranschlagt; das Wohlfahrtsbudget aber mit mehr als 80 Millionen. Nimmt man dazu noch die Kosten für die ordentliche Arbeitslosenunterstützung von 13 Millionen, so kommt man auf eine Ausgabe von mehr als 93 Millionen Schilling.

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtspflege wird dann gegen die Stimmen der Christlichsozialen genehmigt. Heute Samstag wird der Voranschlag der Gruppe für Wohnungswesen und Sozialpolitik beraten werden. Der Finanzausschuss wurde auch für Montag einberufen.